

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten, Falkensteiner Anzeiger
Hornauer Anzeiger Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn Fischbacher Anzeiger

Erste am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalte 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 28 mm breite Reklame-Zeitspalte im Text 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Anzeigen nach und Angebotsgebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch

11

Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubverwilligung wird hinsichtlich bei gerichtlicher Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird zunächst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 89 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Die Rheinische Republik.

mz Mainz, 17. Juni. Infolge der Rundgebungen, welche am 2. Juni stattgefunden haben und auf die Sicherung der öffentlichen Ordnung oder die Gefährdung der Sicherheit der Armee hinielen, hat die Militärbehörde folgende Maßnahmen getroffen:

1. Der Erste Beigeordnete Adelnung und der Stadtverordnete Schildbach, die ihren Einfluß dazu benutzt haben, um eine Streikbewegung zu erzeugen, sind nach dem unbefehlten Gebiete ausgewiesen worden.

2. Derselbe Maßnahme wurde gegen die Schullehrer und Professoren Jodel, Schott, Born, Reiber, Schen, Senz, Wachene und Conradt ergriffen, da sie sich zuschulden kommen ließen, ihre Klassen geschlossen zu haben, und die ihnen anvertrauten Kinder, mitten in die politischen Kämpfe hinein, hilflos auf die Straße zu werfen versuchten.

3. Die Eisenbahnangestellten, die die Arbeit verließen, obgleich sie als Militärpersonen behandelt werden und sonach dem Militärgefecht unterworfen sind, wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Hauptkuldigen sind zu folgenden Strafen verurteilt worden: Strunwald und Klein zu 5 Jahren Gefängnis, Beder, Singer, Schmidt und Starr zu 3 Jahren Gefängnis.

Als Gnaden-Maßnahme der Arbeiterschaft gegenüber und zu dem Zwecke der Beruhigung hat General Mangin, Oberbefehlshaber der 10. Armee, die Vollstreckung folgender vom Kriegsgericht ausgesprochener Urteile aufgehoben: Klotz, Kurz, Portugall, Christian, Behrweiler, von der Weiden, Vöfelholz 1 Jahr Gefängnis, Kirch, Wandmir, Rauch, Escher 8 Monate Gefängnis, Lauer, Kurisch, Schuder, Rulmann 6 Monate Gefängnis, Pilschmann 4 Monate Gefängnis.

Außerdem hat der Oberbefehlshaber der Armee sämtliche anderen Personen, welche infolge des Streiks verhaftet wurden, insbesondere die Vertreter der Gewerkschaften, in Freiheit setzen lassen.

Um den Frieden.

Die Antwort auf die deutschen Gegenvorschlüsse.

Paris, 10. Juni. Das „Petit Journal“ gibt die nachstehenden Mitteilungen über das Verfahren, das bei der Übermittlung der Antwort der Alliierten auf den deutschen Gegenentwurf befolgt werden wird. Die Berichte der Kommissionen sollen spätestens am Montag morgen übermittelt sein, der Rat der Vier wird sie prüfen. Von Mittwoch ab wird er in der Lage sein, an die Redaktion seiner Antwort heranzugehen, die durchaus vollständig sein wird. Sie wird am Donnerstag vollendet sein können und die Übermittlung an die Deutsche Delegation wird am nächsten Freitag möglich sein. — Es besteht aller Anlaß zu glauben, daß dieses Dokument damit beginnen wird, energisch die deutsche These von der Verletzung der 14 Punkte Wilsons zu widerlegen, und auf den offiziellen Proklamationen der Alliierten aufzubauen, die während des letzten Halbjahres des Krieges gegenüber Deutschland erfolgt sind und die Absicht mitgeteilt haben, die Wiederherstellung der Schäden, die Wiederaufrichtung Polens usw. zu verlangen. Die Antwort der Alliierten wird die Gründe erklären, die sich der Zulassung von deutschen Vertretern in den Schoß der Wiederherstellungs-Kommission widersetzen, und wird die Rolle dieser Kommission umschreiben. Sie wird die Einzelheiten darlegen, die der Rat der Vier beschlossen hat, dem ursprünglichen Text hinzuzufügen und schließlich der deutschen Delegation die Bedingungen bekanntgeben, die ihr belassen wird, um mitzuteilen, in wie die Bedingungen annehmen oder ablehnen will. Diese Frist wird im Minimum drei und im Maximum fünf Tage betragen.

Verailles, 10. Juni. Der Bericht des Ausschusses für die deutsch-polnische Grenze wird eine Volksabstimmung in Oberschlesien in Erwägung ziehen.

Amsterdam, 9. Juni. Dem Preßbureau Radio zufolge meldet der „New York Herald“: Obgleich man es nicht zugeben will, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß eine Abänderung des Friedensvertrages mit Deutschland vorge-

nommen wird. Verschiedene Punkte, auf die von den Deutschen Gewicht gelegt wird, werden eine Fassung erhalten, die man für einen geschlagenen Feind annehmbar hält. Obwohl damit die Gefahr einer ernsten Krise erheblich vermindert ist, darf man nicht vergessen, daß die Erörterungen über diese Fragen noch nicht abgeschlossen sind. — „New York Sun“ meldet, daß die Ansichten über eine Abänderung des Friedensvertrages mit Deutschland ständig wechselten. Die Neigung, eine endgültige Entschädigungssumme festzusetzen, wachse.

mz Amsterdam, 10. Juni. Reuter meldet aus Paris, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe vermutlich nicht vor dem 14. Juni fertiggestellt sein würde. Im Biererrat gewinne, wie es scheint, die Anschauung allmählich an Boden, daß Deutschland eine genau angegebene Summe als Gesamtverbindlichkeit für den angerichteten Schaden auferlegt werden solle.

Die Beratung der deutschen Gegenentwürfe.

mz. Dem Preßbüro „Radio“ zufolge meldet der „New York Herald“: Obgleich man es nicht zugeben will, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß eine Abänderung des Friedensvertrages mit Deutschland vorgenommen wird. Verschiedene Punkte, auf die von den Deutschen Gewicht gelegt wird, werden eine Fassung erhalten, die man für einen geschlagenen Feind annehmbar hält. Obwohl damit die Gefahr einer ernsten Krise erheblich vermindert ist, darf man nicht vergessen, daß die Erörterungen über diese Fragen noch nicht abgeschlossen sind. — „New York Sun“ meldet, daß die Ansichten über eine Abänderung des Friedensvertrages mit Deutschland ständig wechselten. Die Neigung, eine endgültige Entschädigungssumme festzusetzen, wachse.

Verbesserungen im Friedensvertrag?

mz. Versailles, 10. Juni. Der „Temps“ meldet, daß die sozialistische Kammergruppe am 6. Juni vormittags in Uebereinstimmung mit der französischen Arbeiterklasse erklärte, daß sie hoffe, daß durch die Erörterung der Alliierten, Verbesserungen im Friedensvertrag vorgenommen werden würden, um ihm ein den Bedingungen eines gerechten und dauerhaften Friedens entsprechendes Gepräge zu geben. Die Gruppe wünscht, daß die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund gelöst und in ausgedehntem Maße von der Völkerverabstimmung Gelegenheit gegeben werde. Die Gruppe wünscht ferner, daß die Wiedergutmachung fest begrenzt werde: 1. Damit die Entente Staaten die finanzielle Tragweite der von Deutschland und seinen Bundesgenossen übernommenen Verpflichtungen genau kennen, 2. damit die Bedingungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Bestimmungen, deren Verwirklichung die Alliierten durchzuführen haben würden, gemildert werden, 3. damit die alliierten Regierungen die Prüfung und Zusammenlegung der Kriegsausgaben aller Völker, die den Völkerverbund bilden würden, ernsthaft andauern könnten.

Die angeblichen Milderungen.

Berlin, 10. Juni. Die Nachrichten aus der Verbandsprose von angeblich zu erwartenden Milderungen der feindlichen Bedingungen werden hier mit großer Zurückhaltung aufgenommen, da das Kabinett an dem schon bei Gesamtwerden der feindlichen Bedingungen ausgesprochenen Grundsatz festhält, daß nicht ein Abhandeln, sondern ein Verhandeln notwendig sei. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß es sich bei unserer Antwort nicht um Gegenentwürfe im eigentlichen Sinne handle (es fehlte die Zeit, solche Ideen eigener Anschauung für die neue Weltordnung des Friedens festzulegen), sondern um eine Grenzfestsetzung für die feindlichen Bedingungen nach Maßgabe unserer höchsten Leistungsfähigkeit. Wenn in Paris und anderen Verbandsblättern von einigen Milderungen im Osten, von der Nennung einer bestimmten Entschädigungssumme usw. gesprochen wird, dagegen die fünfzehnjährige Bezeugung des linksrheinischen Gebietes und die Bedingungen über das Saarbecken als unabänderlich bezeichnet werden, so dürfte gerade angesichts der in Brodorski-Rantkaus letzter Einspruchsnote betonten Umstände diese Frage von ausschlaggebender Bedeutung für die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung sein.

Verhandlungsmöglichkeiten?

Berlin, 10. Juni. Die vom Ministerpräsidenten einberufene Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung dauerte von 11 bis 3 Uhr. Anwesend waren die 28 Mitglieder, drei Präsidenten und die Regierungsvertreter. Die Verhandlungen waren streng vertraulich, indes kann so viel mitgeteilt werden, daß die Aussichten auf Verhandlungen in Versailles besprochen und daß man immerhin die Möglichkeit hierzu durchaus als gegeben erachtet. Man würde sich darüber schlüssig, daß die Nationalversammlung vorläufig im gegebenen Zeitpunkt (Präsident Fehrenbach hat ja bereits die Abgeordneten zur Bereitschaft für Donnerstag aufgefordert) in Weimar tagen soll. Ob die endgültige Beschlusfassung der Versammlung in Berlin oder Weimar stattfinden soll, steht noch dahin. Vorläufig wird der Nationalversammlung zur Erledigung die Verfassungsvorlage in zweiter oder dritter Lesung vorliegen. Möglicherweise wird die Sitzung erst am Freitag stattfinden, je nachdem der Verfassungsausschuß mit seinen Arbeiten fertig wird. Vorläufig dürften sich die Beratungen nicht mit der Angelegenheit des Friedensschlusses beschäftigen, ehe die Stellungnahme des Verbandes offiziell bekannt ist. Diese wird frühestens Ende nächster Woche erwartet.

Heimführung der Kriegsgefangenen sofort nach Friedensschluß.

München, 10. Juni. Die Münchener Augsburger Abendzeitung gibt ein Privattelegramm wieder, wonach Clemenceau den französischen Arbeiterführern erklärte, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages heimgeführt werden. Frankreich beabsichtigt keinesfalls eine neue Form der Sklaverei einzuführen.

Die Grenzfrage im Osten.

mz Versailles, 10. Juni. Der Temps meldet, daß der Ausschuß, der sich mit den Grenzen Deutschlands beschäftigen soll am 6. Juni die Grundsätze für die Antwort an Deutschland festgelegt habe. Der Gedanke einer Volksabstimmung in Oberschlesien stöße auf starke Einwendungen hinsichtlich des Rechtsstandpunktes denn Preußen habe die Eindeutschung aufs äußerste betrieben. Eine aufrichtige Abstimmung könnte erst nach einer langen Frist, die zur Ausschaltung aller unterdrückenden Einflüsse notwendig wäre, erfolgen. Wollte man den Grenzverlauf der wirklichen Bevölkerung genau anpassen, so würde vorzuziehen sein, den Polen schlesisches Gebiet von etwa 1060 Quadratkilometer mit 47140 Deutschen und 1770 polnischen Einwohnern wegzunehmen, ihnen dagegen in Oberschlesien 98 Gemeinden auszuliefern, welche der Vertrag nicht Polen gebe, obwohl die polnische Bevölkerung dort die Mehrheit besitze. In einem Leitartikel beschwört der Temps die Alliierten, im Osten nicht nachzugeben. Ein schwaches Polen würde eine Schwächung der Sicherheit Frankreichs und eine Gefahr für den Weltfrieden sein.

Brodorski-Rantkau über den Frieden.

mz. Wien, 9. Juni. In der „Neuen Freien Presse“ gibt ein Korrespondent des Blattes zunächst eine Charakteristik des Reichsministers Grafen Brodorski-Rantkau, in der er u. a. sagt: Rantkau hat sich in Versailles als Staatsmann von starkem Geist und starkem Willen erwiesen. Auch seine persönliche Haltung auf diesem gefährlichen, um nicht zu sagen, verlorenen Posten, war mannhaft und würdig. Diese von jeder Pose freie Würde hat auch ihre Wirkung auf die Gegner nicht verfehlt. Der Korrespondent berichtet dann über Brodorskis Antwort auf seine Frage nach dem Stande der Friedensverhandlungen. Brodorski äußerte: Ich weiß von dem Stande der Verhandlungen nicht mehr als die übrige Welt, welche die deutschen Zeitungen liest. Leider liegt nicht die ganze Welt deutsche Zeitungen. Mündliche Besprechungen finden weder öffentlich noch geheim statt. Ich glaube aber, daß die innere Vernunft und die innere Gerechtigkeit den Lauf der Dinge in die Linie unserer Vorschläge bringen wird und man darf hoffen, daß die Gegner dies erkennen und auf sie eingehen werden. Gleichzeitig bin ich allerdings darauf vorbereitet, daß meine Hoffnung sich nicht erfüllt. Den Friedensvertrag, wie er am 7. Mai überreicht wurde, werde ich nicht unterzeichnen. Kleine Zugeständnisse betrachte ich nicht als wesentliche Änderungen. Wir unterzeichnen weder unser Todes-

urteil noch eine Aberkennung unserer Ehrenrechte. Die Grenze unserer nationalen Selbstachtung ist da gegeben, wo man uns zumutet, deutsche Bevölkerung und ihr Land wegen materieller Vorteile unseren Gegnern preiszugeben. Darin sind wir alle einig, die Delegation in Versailles und die Regierung in Berlin, Niemand will zurücktreten.

Der Friedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich.

mz. Wien, 10. Juni. Den Blättern zufolge wird der Friedensvertragsentwurf der Entente von Deutsch-Oesterreich in vier Notizen beantwortet, die die Gegenvorschläge enthalten werden.

Versailles, 10. Juni. Die Abendblätter berichten, daß der über die Schweiz zurückgekehrte Staatskanzler Renner einigen Journalisten erklärt habe, er sei der Ansicht, daß der Friedensentwurf für Oesterreich unannehmbar und undurchführbar sei. Der Vertragsentwurf sei das Todesurteil für Oesterreich. Die österreichische Regierung werde Gegenvorschläge machen, ohne den Ablauf der 14tägigen Frist abzuwarten. Er hoffe, daß der Verband die Einwendungen, die Oesterreich machen werde, anerkennen werde.

Wien, 10. Juni. Die konstituierende Nationalversammlung hielt eine außerordentliche Sitzung ab, um der Meinung des gesamten deutsch-österreichischen Volkes über die Friedensbedingungen von St. Germain Ausdruck zu geben.

St. Germain, 10. Juni. Havas. Der Staatskanzler Renner, begleitet von den Herren Bopp, Auer, Herren der Staatskanzlei, einem Kurier und den Herren Sternbach und Schuller, den technischen Beratern, sind Samstag morgen hierher zurückgekehrt.

Wilson.

mz. Versailles, 9. Juni. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet, Wilson treffe Vorkehrungen, um gegebenenfalls über den 1. Juli hinaus in Frankreich bleiben zu können. Wenn Deutschland die Unterzeichnung des Vertrags verweigern sollte, werde Wilson unverzüglich nach Amerika zurückkehren und amerikanische Delegierte als Vertreter der Vereinigten Staaten zurücklassen.

Die ungarische Räteregierung zur Friedenskonferenz berufen?

mz. Wien, 10. Juni. Wie die ungarische Gesandtschaft mitteilt, erhielt die ungarische Räteregierung am Samstag Nacht auf funktentelegraphischem Wege aus Prag eine französisch verfaßte Depesche, wonach Vertreter der ungarischen Räteregierung von den Ententerregierungen nach Paris zur Friedenskonferenz berufen werden und Ungarn aufgefordert wird, den Feldzug gegen die Tschechen zu beenden. Da die ungewohnte Form und ganz besonders der Uebermittelungsweg dieser angeblich aus Versailles stammenden Depesche der Räteregierung zuerst nicht ganz einwandfrei erschien, beauftragte sie den Volkskommissar für Aeußeres, sich bei der Wiener Gesandtschaft Gewißheit über die Authentizität der Drahtung zu verschaffen.

Politische Rundschau.

Die Lage in München.

mz. München, 10. Juni. Die Abendblätter melden, daß die Auflösung der Münchener Garnison so gut wie durchgeführt sei. Die Garnisonslasernen sind teilweise in trostlosem Zustande. — Der spartakistische Führer Toller berief sich bei seiner Vernehmung darauf, daß die Entsehung der ersten Räterepublik im Wesentlichen auf die Mehrheitssozialisten zurückgehe. Die Unabhängigen hätten nur widerwillig mitgeteilt. Mit der planlosen Verhaftung

von Geiseln sei er nicht einverstanden gewesen. — Der angekündigte Ausstand der Münchener Gemeindebeamten und Arbeiter scheint nach der Münchener Post abgewendet zu sein, da die schwebenden Fragen geregelt werden sollen.

Berlin.

mz. Berlin, 7. Juni. Auch die Untergrundbahn ist vom Ausstand betroffen. Der Nahverkehr der Eisenbahn ist im Betrieb.

mz. Berlin, 7. Juni. Heute nachmittag um 4 Uhr wurde der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen. Der Proteststreik ist überall ruhig verlaufen. Gestern Abend erfolgte die Betriebseinstellung der Postämter. Dieselbe ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Beamten stellenweise weite Wegstrecken laufen mußten und deshalb vorzeitig entlassen wurden. Heute morgen wurde der Schalterdienst überall vollständig wieder aufgenommen. Verschiedene Abendblätter konnten wieder erscheinen.

Der Proteststreik in Duisburg.

mz. Duisburg, 10. Juni. Der Proteststreik gegen den Belagerungszustand hat sich weiter ausgedehnt und droht zum allgemeinen Ausstand zu werden. Die meisten Industriearbeiter, ein Teil der Bergleute und alle Straßenbahner sind an dem Streik beteiligt. Auch die Beamten und Angestellten eines Werks haben sich ihm angeschlossen. Am 6. Juni nachmittags fand eine Besprechung zwischen Vertretern der Stadtverwaltung, des Generalkommandos und des Reichskommissars Severing mit den Arbeitervertretern statt, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern.

Großadmiral a. D. Holthendorff †.

mz. Berlin, 10. Juni. Im Krankenhaus in Prenzlau ist am Samstag infolge einer Operation, die wegen eines alten Krebsleidens notwendig geworden war, der Großadmiral a. D. v. Holthendorff gestorben.

Briefverkehr Deutschland-Amerika.

mz. Berlin, 10. Juni. Einige Zeitungen verbreiteten die Nachricht, daß der Postverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wieder aufgenommen worden sei. — Wie amtlich mitgeteilt wird, ist diese Nachricht dahin zu berichtigen, daß der Briefverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und dem von den feindlichen Truppen besetzten Gebiete Westdeutschlands sowie dem von den Polen besetzten preußischen Gebiet andererseits nicht gestattet ist.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund?

Paris, 10. Juni. (Reuter.) Clemenceau, Lord Cecil und Oberst House empfahlen als Ergebnis ihrer gemeinsamen Beratungen Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn es den Friedensvertrag unterzeichnet, loyal durchgeführt und eine feste Regierung einsetzt. Es wurde beschlossen, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge nicht vor dem 13. Juni bekannt werden soll und daß die Deutschen fünf Tage zur Erwiderung bekommen sollen.

Sozialdemokratische Tagung.

mz. Weimar, 10. Juni. Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei hielt gestern hier eine Sitzung ab, an der der Parteivorstand, Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung sowie Vertreter aus einzelnen Bezirken teilnahmen. Der Parteivorstandende Müller gab einen Rückblick über die Bedeutung gerade dieses Parteitages und nahm Stellung zu den vorliegenden Entwürfen, darunter auch zu dem Antrage auf Einleitung neuer Verhandlungen mit den Unabhängigen zur Beilegung der Parteispaltung. Als nicht empfehlenswert wurde es bezeichnet, mit einem besonderen Referat über die auswärtige

Sowohl durch die minderwertige Qualität der gebrauchten Rohstoffe, als auch durch öftere Unglücksfälle.

B. Die strategische Lage.

Die materielle Krise drückte schwer auf die unter deutschen Kommando stehenden Divisionen. Um eine Katastrophe zu vermeiden, mußte das Ganze gerettet werden und nur das Notwendigste konnte man tun. Um die Räumung des Materials vorzunehmen, mußte der Rückzug sprunghaft unternommen und jede Schlacht mußte aufgenommen werden. Dann mußten den Armeegruppen genügende Reserven zurückgelassen werden, um Durchbruchversuche der Alliierten zu verhindern. Die Folge davon war eine schnelle Verminderung der Reserven des Oberkommandos. Daraus ist es zu erklären, daß die Deutschen am 10. November trotz der Verkleinerung ihrer Front um beinahe 250 Kilometer nur noch 17 Divisionen in Reserve hatten, davon nur zwei die länger als einen Monat in Ruhe gelegen hatten. Andererseits war die deutsche Front von der Mosel bis an die Schweiz sehr schwach besetzt, und wenn der Waffenstillstand nicht unterschrieben worden wäre, wäre es dort zu einer furchtbaren Offensive der Alliierten gekommen. Dem deutschen Oberkommando wäre es unmöglich gewesen, den Vormarsch der Alliierten aufzuhalten, und ebenso unmöglich hätten die Deutschen manövrieren können. Denn der Vormarsch der Alliierten ließ ihnen nur drei Verbindungslinien, von denen allein die Linie Brüssel—Namur—Arlons—Dienkirchen—Saarbrücken sehr kurz war (400 Kilometer), während die beiden anderen mehr nördlich lagen und eine Strecke von 700 Kilometer hatten. Die Bahnlinie, die während des ganzen Krieges in strategischer Hinsicht eine große Rolle gespielt hatte, fehlte den Deutschen also im kritischsten Moment. Die Angriffe der Alliierten auf beiden Seiten der Maas verschlimmerten diese Lage noch. Sie bedrohten die Verbindungslinie von sechs Armeen (4., 6., 12., 2., 17., 7.) in Stärke von zusammen 109 Divisionen, welche die Maas zwischen Fumay und der holländischen Grenze überschreiten wollten. Die Schwierigkeiten, welche die deutsche Armee hatte, um sich nach dem Waffenstillstand über die

Politik den Parteitag zu belasten. Scheidemann werde, falls er zu einem Referat über die Aufgaben der Partei in der Republik überhaupt kommen sollte, auch die auswärtige Politik mitbehandeln. Zum Vorsitzenden des morgen zusammen tretenden sozialdemokratischen Parteitages sind Heinrich Schulz-Distpreußen und Löss-Breslau, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, ausgerufen.

Die Pariser Streifbewegung.

Paris, 10. Juni. (Havas.) Das „Journal“ berichtet, daß die Ruhe an den beiden Pfingsttagen ein Abflauen der Pariser Streifbewegung mit sich gebracht habe. Vielleicht werde dies zum endgültigen Abbruch des Streikes führen. Wenn auch die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern in der Metallindustrie zurzeit unterbrochen seien, so sei doch nicht zu vergessen, daß am Samstag 200 Industrielle ein Abkommen unterzeichnet hätten, so daß ein neuer Boden für eine Verständigung gefunden werden dürfte.

Die Amerikaner in Paris.

Amsterdam, 10. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Es wird erwartet, daß die Amerikaner den ganzen Sommer in Paris bleiben und es ist möglich, daß sie sich wegen des Artikels 10 des Völkerbundesvertrages an der Unterzeichnung von Friedensverträgen mit Ländern, mit denen sie nicht im Kriege gewesen sind, beteiligen. Präsident Wilson hofft, gegen den 1. Juli nach Washington zurückzukehren, andernfalls wird er die Appropriationsbill in Paris unterzeichnen.

Die Gefangenen der Mittelmächte in Griechenland und Mazedonien.

Paris, 10. Juni. Eine Delegation des internationalen Roten Kreuzes ist am 5. Juni von Genf nach Athen und Saloniki abgereist, um die Lage der Gefangenen der Mittelmächte in Griechenland und Mazedonien zu untersuchen und ihnen finanzielle Hilfe zu verschaffen.

Die Kämpfe in Rußland.

mz. Stockholm, 10. Juni. Nach dem offiziellen esthnischen Bericht vom Mittwoch dauerten auf der Front von Gatschina während des ganzen Dienstag die heftigen Kämpfe an, in deren Verlauf die Esthen 15 Maschinengewehre und eine Anzahl Gefangene nahmen. In Richtung Luga bemächtigte sich eine Abteilung des Nordkorps des Bahnhofes Blaeserjan an der Linie Pskow—Luga und erbeutete drei Kanonen und drei Maschinengewehre. In Richtung Riga fanden weitere heftige Kämpfe statt bei den Städten Volsina, Malaia und Bosnita. Auf der Südfont versuchte deutsche Landwehr bei Afeswegen mit allen Mitteln den Feind von Riga nach Osten zurückzuwerfen; er rückt gegen unsere Linien vor. Das Nordkorps hat sich in Richtung Gatschina der Dörfer Udofla, Padisa und Tshilovitsi bemächtigt. In Richtung Olchow dauern die Kämpfe an. In Richtung Onstrove verjagten die Esthen den Feind aus Rodschonia und rücken vor.

England.

mz. London, 10. Juni. Das Unterhaus nahm mit 187 gegen 34 Stimmen eine Entschließung an zugunsten sofortiger Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Erwägung des Planes einer bundesstaatlichen Entwicklung, wonach innerhalb des Rahmens des Vereinigten Königreichs untergeordnete gesetzgebende Körperschaften für England, Schottland, Wales und Irland geschaffen werden.

Tschecho-Slowakei.

Wien, 10. Juni. Wie die Blätter aus Prag melden, erließ die Regierung Ausnahmeverfügungen für die tschecho-slowakische Republik. Die allgemeinen Rechte der Staats-

Maas zurückzuziehen, obwohl sie vollständige Freiheit besaßen und die Straße nach Limburg (Holland) benutzte, zeigte, wie kritisch die Lage der Deutschen war. Sie waren durch die Unzulänglichkeit der Verbindungen in die Enge getrieben.

C. Die moralische Lage.

Diese war wie die materielle und die strategische nicht besser. Die wiederholten Niederlagen ihrer Armeen hatten das Vertrauen der Deutschen im Inlande, als auch an der Front zerstört. Auch waren die deutschen Divisionen bereit, die auflösende Wirkung des Zentralrates der deutschen Marine, der seit Anfang Juli 1918 in Wilhelmshaven bestand, in sich aufzunehmen. Um das zu verhindern, schickte der deutsche Kriegsminister am 8. Juli den deutschen Armeen eine Note, in der er auf die Notwendigkeit hinwies, die Macht des Bolschewismus zurückzudrängen. Ende Oktober konnte die geplante Ausfahrt der deutschen Flotte nicht stattfinden infolge der ablehnenden Stellungnahme der Matrosen, und am 5. November brach in Deutschland die Revolution aus. Die Matrosen bemächtigten sich der Flotte in Kiel und Wilhelmshaven, während die Regierung des Prinzen Max von Baden stürzte. Vom 9. November früh ab legte ein Soldatenrat dem Hauptquartier in Spa seinen Willen auf, inzwischen wurden Soldaten und Arbeiter überall einberufen und von den zuständigen Behörden anerkannt. Im großen und ganzen war in den ersten Tagen des November die Moral der deutschen Armee niedergebrochen und dabei mußte sie überall an der ganzen Front Widerstand leisten. Wenn die geplante Offensive der Alliierten von der Mosel bis zur Schweiz dann noch losgebrochen wäre, wären die deutschen Armeen der Gefahr ausgelegt gewesen, von Osten gekocht zu werden und dabei wäre das Gros der Armeen an der Maas aufgehalten, in der Gefahr gewesen, umzingelt zu werden. Um ein solches Mißgeschick zu verhüten und weil sich der deutsche Generalstab vollständig geschlagen fühlte, war er gezwungen, ohne Erörterung die Waffenstillstandsbedingungen des Marshalls Foch anzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Schlachten von 1918.

16. Teil.

Die Lage der deutschen Armeen beim Waffenstillstand.

Von verschiedenen Seiten wurde behauptet und es wird noch jetzt gesagt, daß, wenn Deutschland auch gezwungen wurde, die Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November anzunehmen und die Waffen niederzulegen, es doch nicht militärisch geschlagen war und daß es, hätten wirtschaftliche Gründe dem nicht entgegengestanden, den Kampf noch mit Erfolg hätte fortsetzen können. Diese Behauptung steht mit der Wahrheit in Widerspruch. Nichts ist leichter festzustellen, als daß der Waffenstillstand das deutsche Heer vor dem militärischen Zusammenbruch bewahrt hat, da es durch die moralische, materielle und strategische Lage in die Enge getrieben war.

A. Die materielle Lage.

Als am 26. September die Angriffe in einer Zwischenzeit von 24 Stunden in den Argonnen 26. 9., Cambrai 27. 9. und Dismuiden 28. 9., angingen, waren die Deutschen durch innere Verhältnisse stark erschüttert, und durch die seit dem 21. März erlittenen Verluste hatten sie eine schwere Krise im Mannschaftsbestand und Material auszustehen. Die deutsche Heeresleitung hatte versucht, die Krise an Mannschaftsbestand zu verhindern, indem sie viele Garnisondienstfähige für die Front benutzte, Divisionen aufstellte, indem sie die meisten Bataillone auf drei Kompagnien reduzierte und bei der Infanterie sämtliche Leute in allen Waffenarten einübte und zuletzt den Rest der Jahresschiffe 1919 einberief. Trotz alledem wurden die Divisionen in reduzierter Stärke in den Kampf eingeseht. Andererseits hatte Frontverwendung der Garnisondienstfähigen, die durch Untaugliche, durch Kriegsgefangene und durch weibliches Personal ersetzt worden waren, eine große Verminderung der Industrie zur Folge und das in dem Augenblick, wo die Schlachten so viel Menschen kosteten, wo die Werkstätten für die Reparaturen nicht mehr das Verlangte leisten konnten,

länger wurden aufgehoben. Zivilpersonen, welche strafbare Handlungen gegen das Kriegsgesetz begehen, werden der Militärgerichtsbarkeit unterworfen. Das Gesetz über die Kriegsdienstleistungspflicht tritt sofort in Wirksamkeit. — Die Neue Freie Presse schreibt, diese Ausnahmeverfügungen würden im Zusammenhang mit der Kriegserklärung der jugoslawischen Regierung an Ungarn, die in Prag veröffentlichten Gerüchte zufolge, bevorzugen solle.

Vervielfältigungsapparate und alles Zubehör, Wachsbogen, Hektographenblätter, Tinte u. dgl. in bester Qualität durch die Druckerei Ph. Kleinhöhl, Königstein i. T., Fernruf 44

Lokalnachrichten.

* **Königstein, 10. Juni.** Die Pfingstfeiertage waren vom schönsten Wetter begünstigt, das zu Spaziergängen geradezu einladend war. Hunderte, ja Tausende besuchten deshalb wieder einmal den Taunus und seine jetzt so herrlichen Wälder und Berge. Wenn auch die Zahl der Besucher wegen der Absperrung des Frankfurter Gebietes nicht an die in den Friedensjahren heranreichte, so war hier und zum Hochtaunus der Fremdenverkehr doch schon recht bedeutend. Namentlich am 2ten Pfingsttage brachte die Königsteiner Bahn, die ihren Fahrplan feiertäglich erweitert hatte, ganze Scharen Ausflügler mit jedem Zuge, die dann aber meist sofort den Bergen zustrebten, so daß ihre Menge erst später bei der Rückkehr gegen Abend hier in Erscheinung trat.

* **Steigender Kurswert der Mark.** Vom 1. Juni ab ist der Kurswert der Mark auf 48 Centimes festgesetzt worden. 1 Franc = 2.08 Mark.

* **Die Kriegsfürsorgemarken mit dem Aufdruck „5 A für Kriegsbeschädigte“** werden, nachdem inzwischen eine zweite größere Auflage hergestellt worden ist, auch über den 31. Mai hinaus, soweit die Vorräte reichen, an den Schaltern der dazu bestimmten Postämtern zum Verkauf gestellt. Auf Nachlieferung weiterer Mengen ist nicht zu rechnen, da die Reichsdruckerei durch andere dringende Arbeiten, darunter auch die Anfertigung der Erinnerungsmarken an die Deutsche Nationalversammlung, sehr stark in Anspruch genommen ist.

* **Nach Ungarn** sind Pakete, die Geld oder Wertpapiere enthalten, bis auf weiteres nicht zugelassen.

* **Preiserhöhung für Vordrucke im Postschekverkehr.** Mit Rücksicht auf die Verteuerung der Rohstoffe und die Steigerung der Arbeitslöhne werden vom 1. Juni ab die Preise für die verkauften Vordrucke im Postschekverkehr erhöht. Ueber die Preise für die einzelnen Vordrucke geben die Postschekämter und die Postanstalten Auskunft.

* **Gornau, 11. Juni.** Das Fest ihrer Silber-Hochzeit begingen gestern die Eheleute Heinrich Blei von hier.

Von nah und fern.

* **Bad Homburg, 10. Juni.** Durch die Vorarbeiten für die Verlegung des großen Hauptquartiers nach Homburg erlitten zahlreiche hiesige Hotels und Privathäuser, da in ihnen erhebliche bauliche Veränderungen vorgenommen werden mußten, empfindlichen Schaden, der auf rund 500 000 M geschätzt wird. Diese Ansprüche sind von den zuständigen Stellen wohl geprüft worden, ob und wann sie aber ausgezahlt werden, darüber verlautet noch nicht das Mindeste. Auch der Schaden, den die Stadt durch die gewaltige Abnutzung der Straßen infolge des Kraftwagenverkehrs erlitten hat, ist bedeutend und wird ihr von keiner Seite ersetzt.

* **Höchst, 16. Juni.** Der Kreis Höchst ist in der Lage, aus den, mit Zustimmung der zuständigen Vertretungen angesammelten Zuder-Reserven im laufenden Monat den Kreiseingesessenen eine Sonderzuweisung von 4 500 Gramm Einmachzucker pro Kopf durch die Gemeinde zu verabsorgen. Trotz der gegenwärtigen geringen Zufuhren ist aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Möglichkeit zu rechnen, später nochmals eine Sonderausgabe von Einmachzucker stattfinden zu lassen.

* **Hörsheim, 10. Juni.** Hier soll eine Kaserne für zwei Kompagnien französischer Pioniere erbaut werden. Das Gelände auf dem der Bau errichtet werden soll, wird von der Befehlshaberbehörde gepachtet. Als Platz wurde vorläufig ein Terrain am Nebenweg hinter dem Dattischen Anwesen ausgewählt. Hiesige Unternehmer sollen die Kaserne bauen.

* **Frankfurt, 10. Juni.** Die Polizei nahm vier „schwere“ Burschen fest, die durch ein geistreich erdachtes Manöver zwei hiesige Bürger um 75,000 M zu betrügen versuchten. Die Betrüger boten den Leuten eine größere Partie deutscher Goldmünzen für den genannten Preis an und hatten in diesem Zweck fein säuberlich zubereitete Kupfermünzen in Rollen gewickelt. Als sie ihren Betrug ausführen wollten, wollte sie ihr Schicksal. — Seit 1. Juni d. J. verkehren im hiesigen Hauptbahnhof täglich wieder 300 Züge. Während des Krieges und in der Lehzzeit waren es nur 75, die täglich ein- und ausliefen. Vor dem Kriege betrug die tägliche Zugzahl jedoch 720.

* **Geisenheim, 10. Juni.** In der Nacht vom Freitag zum Samstag wurde von ruchloser Hand die auf der Brücke vom Räderberg zum Markt stehende steinerne Figur des hl. Nikolaus von ihrem Standpunkt gestürzt und die Figur stark beschädigt. Die Täter sind bisher noch nicht ermittelt worden.

* **Samberg, 10. Juni.** In der vergangenen Nacht machten Spartakisten einen Angriff auf die Wachtstation der Bürgerwehr. Auch auf die Residenz wurde ein Handwelenangriff verübt, der erfolglos blieb.

* **München, 10. Juni.** Eine schwere Schädigung der Volksernährung bedeutet die furchtbare Zunahme des Wilderns in Bayern. Innerhalb der letzten Monate wurden in Bayern über 70 Forstbeamte und Förster in Ausübung ihres Dienstes erschossen.

* **Hannover, 10. Juni.** Am 6. Juni abends versuchten etwa 30 Personen, teils in Zivil, teils in Uniform, das am Waterloo-Platz gelegene Militär-Arresthaus zu stürmen und die Insassen zu befreien. Die Angreifer waren mit Wurminen, Handgranaten und Revolvern ausgerüstet. Durch die Wachsamkeit der Militärpolizei wurde der Angriff vereitelt. Das gleiche Schicksal erlitt ein zweiter Angriffsversuch, der nachts gegen 2 Uhr erfolgte. Leider gelang es in der Dunkelheit nicht, der Angreifer, die in die Maschwieze flüchteten, habhaft zu werden. Die Angriffsversuche bezweckten, Personen, die wegen der vor einiger Zeit erfolgten Spartakistenanschläge im Militärgefängnis festgesetzt waren, zu befreien.

* **Calais, 10. Juni.** (Havas.) Ein von Dänkirchen mit deutschen Gefangenen kommender Zug wurde auf der Station St. Pierre von zwei englischen Lokomotiven von hinten angefahren. Zehn Waggons wurden völlig zertrümmert. Drei deutsche Gefangene wurden getötet, ebenso ein Soldat und ein englischer Sergeant, 25 deutsche Gefangene wurden schwer verletzt.

Kleine Chronik des Auslandes.

* **Paris, 10. Juni.** Leutnant Cazale, der schon einmal den Höhenrekord geschlagen hat, erreichte gestern den Rekord von 9500 Metern.

* **Paris, 10. Juni.** Die Anleihe der Stadt Paris im Betrag von 1 387 000 Francs ist fast achzig Mal überzeichnet worden, da 107 Millionen Obligations gezeichnet wurden.

* **Paris, 10. Juni.** (Havas.) Heute stürzte ein Auto, das den Luftpostverkehr zwischen Paris und Mülhausen ersetzte, bei Billeneuve-aux-Bois um. Der Mechaniker des Geschwaders 101 wurde getötet, der Führer, zwei Abjanten und ein Soldat wurden verletzt und ins Hospital von Troves transportiert.

* **Rio de Janeiro, 9. Juni.** Angesichts der Agitation der anarchistischen Elemente beschloß die Regierung, energisch gegen jeden Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, vorzugehen.

* **Assumption, 10. Juni.** Manuel France, Präsident von Paraguay, ist gestorben.

Draht-Nachrichten.

* **mz. Berlin, 11. Juni.** Die heutigen Morgenblätter melden: Aus Brüssel wird gemeldet: Belgische Truppen besetzen am Donnerstag Malmédy.

* **mz. Berlin, 11. Juni.** Für den Tag der Beilegung der Leiche der Frau Rosa Luxemburg hat der Berliner Bollzugstat davon abgesehen, einen neuen Proteststreik zu proklamieren.

* **mz. Paris, 10. Juni.** Der „Matin“ meldet, daß der Organisationsausschuß der Liga der Nationen gestern folgenden Antrag angenommen hat: Es ist für die Liga wesentlich, so schnell wie möglich über alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und andere Gegenstände in allen Weltteilen auf dem Laufenden gehalten zu sein. Jeder Gliedstaat der Liga muß infolgedessen dem internationalen Sekretariat jede hierzu taugliche Information zur Kenntnis geben.

* **mz. Berlin, 11. Juni.** Wie der „Voss. Ztg.“ aus Rom berichtet wird, ist in Italien eine starke Stimmung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorhanden.

* **mz. Berlin, 11. Juni.** Die Regierung befehlt eine Anzahl Leutnantsstellen mit Unteroffizieren. Die erste größere Rate von Unteroffizieren wurde dieser Tage zu Leutnants befördert. Es sind dies alle erprobte Männer, die im Kampfe in vorderster Linie gekämpft und treu der Regierung beigefallen waren, als schwere Erschütterungen den Bestand des Reiches erschüttert haben.

* **mz. Amsterdam, 9. Juni.** Einer Meldung der „Times“ aus New York zufolge ist die Lage in Mexiko sehr kritisch.

* **mz. Amsterdam, 10. Juni.** Dem Pressebureau „Radio“ zufolge melden amerikanische Blätter, daß endgültig entschieden sei, daß in Oberschlesien eine Volksabstimmung stattfinden wird.

AMBI-Dachstein-Maschine für Handbetrieb

arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:

AMBI, Abt. II K

Charlottenburg 9

Am Donnerstag, den 12. Juni 1919, abends von 8—9 Uhr:

KONZERT der Kapelle des 105. Inf.-Regts.

im Stadtpark, Limburgerstrasse, in Königstein im Taunus.

PROGRAMM:

L'Escadre aérienne (allegro)	Stoupan
Les Dragons de Villars (Fantasie)	Maillard
Petite Souris (Mazurka)	Bosc
Morena (Grande Valse)	Lacôme
Marche du 105. R. I.	Bourbié
Alsace-Lorraine (Défilé)	X.

H. Chalesse, Kapellmeister.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Mammolshain ist von den Gemeindeförperschaften wieder gewählt und von mir auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend am 1. April 1919, bestätigt worden.

Königstein, den 6. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Jacobs.

Verordnung

über die Sicherung der Landwirtschaft.

Vom 4. Februar 1919.

§ 1. Die untere Verwaltungsbehörde ist nach näherer Anordnung der Landeszentralbehörde befugt, die Nutzungsberechtigten von Landgütern und landwirtschaftlichen Grundstücken mit kurzer Frist zu einer Erklärung darüber aufzufordern, ob oder wie sie ihre gesamte Ackerfläche betreiben wollen oder welche Stücke davon unbehandelt bleiben sollen. Die Möglichkeit der in Aussicht genommenen Bestellung ist auf Erfordern glaubhaft zu machen. Die Aufforderung kann durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

§ 2. Soweit der Nutzungsberechtigte die Bestellung nicht übernimmt oder die Möglichkeit der Bestellung nicht glaubhaft macht oder die Bestellung in unwirtschaftlicher Weise verzögert oder im letzten Wirtschaftsjahre die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen unverhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat, und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird, oder wenn der Nutzungsberechtigte die Aufforderung unbeantwortet läßt oder nicht erreicht werden kann, ist die untere Verwaltungsbehörde (nach Anhörung des Bauern- und Landarbeiterrates) befugt, die Nutzung des Grundstücks mit Zubehör ganz oder zum Teil auf längstens 6 Jahre dem Berechtigten zu entziehen und dem Kommunalverband oder einer Gemeinde zu übertragen.

Der Kommunalverband und die Gemeinde haben bei der Nutzung des Grundstücks nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zu verfahren.

§ 3. Aus Gründen der Billigkeit kann die untere Verwaltungsbehörde die Rückgabe der Grundstücke an den Berechtigten bereits zu einem früheren Zeitpunkt als dem zunächst bestimmten verfügen.

§ 4. Die untere Verwaltungsbehörde bestimmt, inwieweit der Kommunalverband oder die Gemeinde dem Nutzungsberechtigten eine Entschädigung zu gewähren haben oder der Nutzungsberechtigte dem Kommunalverband oder der Gemeinde für nachweisbare Verbesserungen des Grundstücks Ersatz zu leisten hat. Die Landeszentralbehörde kann Grundsätze für diese Entschädigung und die Ersatzleistung aufstellen.

Auf Antrag hat die untere Verwaltungsbehörde bei Rückgabe des Grundstücks die gesamte Auseinandersetzung zwischen dem Kommunalverband oder der Gemeinde und dem Eigentümer sowie den sonstigen Nutzungsberechtigten vorzunehmen; sie hat hierbei, soweit nicht die gemäß Abs. 1 Satz 2 aufgestellten Grundsätze eingreifen, nach billigem Ermessen zu verfahren.

§ 5. Gegen die Verfügungen der unteren Verwaltungsbehörde nach §§ 1—3 ist binnen 1 Woche die Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde zulässig. Die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde ist endgültig.

Gegen die Entscheidung der unteren Verwaltungsbehörde im Falle des § 4 kann jeder Beteiligte innerhalb eines Monats, nachdem sie ihm zugestellt ist, die Entscheidung des ordentlichen Gerichts anrufen.

§ 6. Die Landeszentralbehörde erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 7. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf die Bewirtschaftung der Wiesen und Weiden sowie auf städt. zur landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Nutzung geeignete Grundstücke entsprechende Anwendung.

§ 8. Soweit die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung und die Bewirtschaftung der Wiesen und Weiden im Wege der Landesgesetzgebung herbeigeführt ist, finden die Vorschriften dieser Verordnung keine Anwendung.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Vorstehende Verordnung wird mit dem Hinweis veröffentlicht, daß Nutzungsberechtigte, die ihre gesamte Ackerfläche nicht mehr zu betreiben beabsichtigen oder vermögen, dies unter Angabe der Gründe und unter näherer Bezeichnung der Lage und Größe der betr. Grundstücke bis 15. ds. Mts. bei ihrer Ortsbehörde anzeigen haben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß eine möglichst lückenlose und forsaame Ackerbestellung als Pflicht gegenüber der Allgemeinheit angesehen werden muß und daß alle Nutzungsberechtigten auf Grund der vorstehenden Verordnung dazu angehalten werden, ihren gesamten Grund und Boden, soweit er bis dahin landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzt wurde, selbst ordnungsmäßig zu betreiben.

Königstein (Taunus), den 4. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Jacobs.

Die Woogwiesen sind zur Heuernte geöffnet.

Königstein i. T., den 11. Juni 1919.

Der Magistrat. A. B.: Brühl.

Decorationsbäume.

Für Fronleichnamstag können von der Stadt Decorationsbäume zum Preise von 30 Bfg. pro Stück geliefert werden. Bestellungen werden bis Samstag, den 14. Juni, vormittags 12 Uhr, entgegengenommen werden.

Königstein i. T., den 11. Juni 1919.

Der Bürgermeister. A. B.: Brühl.

Kartoffel-Ausgabe.

Donnerstag, den 12. Juni l. J., werden in der Bierhalle, Zimmer 3, Bezugscheine für Kartoffeln ausgegeben und zwar in nachstehender Reihenfolge:

Protokarte Nr.	1—150	vormittags von 8—9 Uhr
"	151—300	" 9—10 "
"	301—500	" 10—11 "
"	501—Schluß	" 11—12 "

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Brotharte ist vorzulegen. Pro Person werden 20 Pfd. Kartoffeln ausgegeben. Preis pro Pfund 31 Bfg.

Königstein, den 10. Juni 1919.

Der Magistrat. A. B.: Brühl.

Betr. Impfung.

Die diesjährigen öffentlichen unentgeltlichen Impfungen finden am Montag, den 16. Juni d. J., vorm. 11 Uhr, im kath. Vereinshaufe, Schulstraße 1, 1. Stock, statt. An die Eltern bzw. Vormünder impfpflichtiger Kinder ergoht die Aufforderung mit den Impfungen an dem genannten Tage pünktlich zu erscheinen, auch wenn ihnen eine besondere Vorladung nicht zugegangen ist.

Königstein i. T., den 10. Juni 1919.

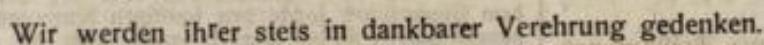
Die Polizeiverwaltung. A. B.: Brühl.

Die französische Militärbehörde gibt bekannt: Alle Gesuche um Zulassung von Verleierungen, Versammlungen, überhaupt alle Anträge, die einer Genehmigung bedürfen, sind bei den Gemeindebehörden einzureichen. Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

B) Brennholz: Försterei Glasstetten, Dist. 69, 70 **Neuwalb,** Försterei **Schloßhorn,** Dist. 69, 70 **Oeding und Toraltitz,** Försterei **Eppenhain,** Dist. 94, 96 **A Hint. Eichhopf:** 44 rm Scheit, 106 rm Knüttel, 62 rm Reiser 1r Al. Nähere Auskünfte durch die Oberförsterei. Aufmaßlisten der Stämme können gegen Erstattung der Schreibgebühren durch die Oberförsterei bezogen werden. — Das Stammholz ist geschält.

Armin Brandt,
stud. med., Heidelberg.

Rudolf Möller,
Cronberg. Katharinenstr.



Das Amtsgericht.

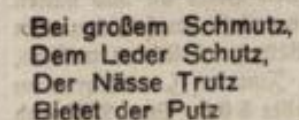
Jakob Jung.

Peter Villmer, Friseur.

Die Bierabgabe findet
Vorstehenden statt und löst

ein Königstein

Gross- und



GROSS- und Kleintierbau

anhänger mit Beschriftung
rätig. Sonder-Anfertigung in
Firma und Abgangsstation

